

**Francesco Paolo Tronca** Der neue Verwalter soll Rom retten. Vor sich selber. *Von Oliver Meiler*

## Sie brauchen ihn ganz dringend

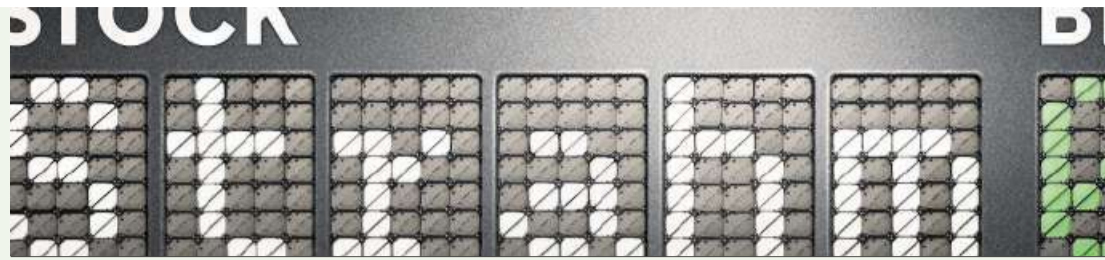
Wenn gar nichts mehr geht, dann kommt in Italien immer der «Commissario», der Zwangsverwalter, entsandt vom Staat. Herrschaften wie Francesco Paolo Tronca, geboren in Palermo, eine Vita als hoher Beamter und Krisenmanager, einst Chef der nationalen Feuerwehr, gross gewachsen, asketisch, 63 Jahre alt. Tronca ist ein unverblümter Mann - «senza fronzoli», wie die Italiener sagen, wenn sie nüchtern und effizient meinen, ohne Hang zum Mondänen. Wenn er mal genötigt wird, an einem Empfang mit Buffet teilzunehmen, erzählt der «Corriere della Sera», greift er sich eine Olive, höchstens. Von Tronca heisst es auch, er lebe erst richtig auf, wenn rundherum alles auseinanderfalle, wenn niemand mehr an ein Gelingen glaube. In Notfällen, nach Katastrophen, vor Grossanlässen.

Nun, kurz vor der Pensionierung, hat Italiens Regierung diesem altgedienten Funktionär die wohl schwierigste Aufgabe anvertraut, die sie gerade zu vergeben hatte: Tronca soll Rom retten - vor sich selbst, vor seinen maroden und korrupten Stadtbetrieben, seinem chronischen Transport- und Abfallchaos, vor dem Zerfall. Und er soll das möglichst schnell und nachhaltig tun. Im Dezember beginnt das päpstliche Jubiläumsjahr der Barmherzigkeit. Rom erwartet dann mehrere Millionen Pilger. Es wäre ein Jammer, wenn die Stadt diese Chance auf etwas wirtschaftlichen Aufschwung vergebte.

Nötig wurde Troncas Entsendung, nachdem Roms unglückseliger Bürgermeister Ignazio Marino sein Amt vor einigen Tagen frühzeitig hatte aufgeben müssen. Marino war zwar nicht in den Fall «Mafia Capitale» verwickelt, diesen Grossskandal um ein Kartell aus römischen Unternehmern und Stadtpolitikern, die sich in den letzten Jahren an öffentlichen Aufträgen fett fressen und dafür ab dieser Woche vor Gericht stehen. Zum Verhängnis wurden ihm aber seine manifeste Ohnmacht, die vielen Probleme der Stadt in den Griff zu bekommen.

Dass nun ausgerechnet Francesco Paolo Tronca übernimmt, trifft das Selbstverständnis Roms ganz besonders: Er war nämlich zuletzt Präfekt von Mailand, Statthalter des Staates also in der dynamischeren und rivalisierenden Metropole im Norden, die sich selbst als moralische, als heimliche Hauptstadt des Landes versteht. Die italienische Regierung trug ihm ganz ausdrücklich auf, das «Modell Mailand» auf Rom zu übertragen.

Als man Tronca fragte, ob er nicht besorgt sei ob der grossen Herausforderung, die ihn da erwarte, sagte er: «Nein, ich bin stolz.» Er neigt nicht zur Selbstunterschätzung. Tronca gilt als eisern in der Amtsführung. Bremsen weist er schnell die Tür. Er hat es ja auch eilig: Kommissare bleiben immer nur für kurze Zeit, bis zu Neuwahlen. Die Römer sollen in acht Monaten einen neuen Bürgermeister wählen. Dazwischen aber ist viel möglich. Idealerweise eine Feuerwehrübung ohne politisches Theater.



**Kolumne** Rudolf Strahm

## Rachegefühle bringen uns nicht weiter

Seit Bundesrat Georges-André Chevallaz hatten wir sechs Finanzminister. Ich habe alle erlebt. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat gewiss von allen den grössten Leistungsausweis. Wie niemand vor ihr hat sie viele, zum Teil längst fällige Reformen auf dem Finanzplatz realisiert, freilich auch mit Anstoss oder unter Druck aus dem Ausland. Und gleichzeitig ist kein Regierungsmitglied in derart unschweizerischer Art bis an die Grenze des Erträglichen angefeindet worden.

Trotz aller Schmähungen durch diese Maulhelden bin ich der Auffassung, dass der SVP mit fast dreissig Prozent Wähleranteil jetzt ein zweiter Bundesratssitz zusteht. Der erfahrene SP-Doyen Helmut Hubacher hat sich in der «Basler Zeitung» in gleicher Weise geäussert, und die meisten SP-Veteranen denken ähnlich. Hubacher hat auch die Forderung vertreten, ein SVP-Bundesrat müsse jetzt die Verantwortung für die Migrationsfrage übernehmen.

Freilich müssen viele über ihren Schatten springen, wenn nun ausgerechnet die SVP nach ihren Rachezügeln und ihrer unpatriotischen Zerstörung schweizerischer Grundwerte wie Anstand, Respekt, Toleranz und Kompromissbereitschaft mehr Regierungsverantwortung erhalten soll. Die SVP repräsentiert nun mal fast 30 Prozent der Wählerschaft. Und das Konkordanzsystem ist halt die helvetische Regierungskultur, die alle namhaften Kräfte des Landes in die Verantwortung einbindet. Konkordanz bringt allerdings nicht automatisch Ruhe ins Land. Und aus Unternehmeroptik zeigt sie gewiss nicht die grösste Führungseffizienz. So wird das Parlament aus Konkordanzgründen für nächstes Jahr einen Bundespräsidenten wählen, der für zielstrebige Verhandlungen mit ausländischen Staatschefs alles andere als optimal ist. Aber Benachteiligung und Ausgrenzung erzeugen in der direkten Demokratie halt auch Energieverluste und Blockaden.

### Wie es der SP damals erging

Jene SP-Verantwortlichen, die die SVP vor die Tür setzen wollen, denken ahistorisch und bürgerfern. Ahistorisch, weil sie die jahrzehntelange Leidensgeschichte der schweizerischen Sozialdemokratie während der Oppositionsjahrzehnte vergessen. Und bürgerfern, weil sie die Demütigung eines namhaften Teils des Wahlvolks ignorieren.

Konkret: Die SP Schweiz hatte nach Einführung des Proporz im Jahr 1919 auf einen Schlag 41 Sitze im Nationalrat errungen, in nachfolgenden Wahlen noch mehr. Doch sie wurde vom Bürgertum ganze 24 Jahre lang von der Regierungsbeteiligung ferngehalten, bis 1943 der erste sozialdemokratische Bundesrat gewählt wurde. Und es dauerte weitere 16 Jahre, bis die Bürgerlichen sie 1959, ihrer Stärke gemäss, mit zwei Bundesratssitzen an der Regierungsmacht beteiligten. Man sollte sich erinnern, wie demütigend es empfunden wurde, dass die «Arbeiterklasse», wie sie damals hiess, im Staat nicht anerkannt war. Noch 1943 beklagte das sozialdemokratische «Volksrecht» die fehlende Bundesratsbeteiligung als «Enttäuschung und Entmutigung in allen proletarischen Schichten unseres Volkes».

Häufig begegne ich einfachen Leuten, die aus Tradition oder weil sie ihre Anliegen vertreten fühlen, SVP wählen und es schlicht als ungerecht empfinden, nicht genügend ernst genommen zu werden. Intellektuelle, die sich heute allzu schnell von den polarisierenden Worthelden der SVP in die Blocher-Falle locken lassen, sollten doch mal auch die Demütigungseffekte bei jener SVP-Wählerbasis beachten, die aus anständigen Mitbürgern besteht.

Einen Bundesratskandidaten kann man vor den Wahlen keiner politischen Gesinnungsprüfung unterwerfen. Glaubensbekenntnisse für die Bilateralen oder für die Personenfreizügigkeit oder irgendwas anderes zu verlangen, bringt für die zukünftige Rolle in der Regierung nichts. Analog könnten andere auf den Gedanken kommen, mit einer solchen Unterwerfungsstrategie von einem SP-Kandidaten zu verlangen, dem

Bekennnis im Parteiprogramm für die «Überwindung des Kapitalismus» abzuschwören, von einem Freisinnigen, sich vom programmatischen Marktfundamentalismus seiner Parteidoktrin zu distanzieren, oder von einem CVP-Kandidaten, das Dogma der «Immaculata» von der unbefleckten Empfängnis der Maria aufgeklärt zu widerrufen. Jede Partei hat ihre historisch vorgezeichneten weltanschaulichen Dogmen, die ein Regierungsmitglied einbringen, aber keineswegs in reiner Form umsetzen kann.

Entscheidend für ein Regierungsmitglied ist, dass es die Konkordanz und das Kollegialitätsprinzip respektiert und nicht Regierungsbeschlüsse hintertreibt. Christoph Blocher war aus diesem Grund als Bundesrat charakterlich ungeeignet. Die besten Bundesräte, die dem Land am meisten genützt haben, haben jeweils eine gewisse Distanz zu ihrem Parteiprogramm und gleichzeitig eine starke Scharnier- und Einbindungsfunktion zu ihrer Partei ausgespielt.

### Das Parlament muss frei bleiben

Es gibt allerdings eine Spielregel der Konkordanz, auf der man beharren muss: Das Parlament muss frei sein, den Vertreter aus der Regierungspartei unabhängig auszuwählen. Nach der Abwahl von Christoph Blocher hat die SVP einen Racheparagraphen in ihre Parteistatuten eingebaut, der besagt: Jedes SVP-Mitglied, das sich ohne offiziellen Vorschlag durch die SVP-Fraktion in den Bundesrat wählen lässt, muss zwingend aus der Partei ausgeschlossen werden (Artikel 9 Absatz 3).

Das ist eine konkordanzwidrige Erpressung des Parlaments und verstösst laut Staatsrechtlern, zum Beispiel Professor Philippe Mastroradi, gegen die verfassungsmässigen Rechte der Bundesversammlung. Sie verleiht einer Parteinomenklatura einen verfassungswidrigen Machtanspruch. Würde dieser Racheparagraph weiter bestehen, würden auch in Zukunft neue Widmer-Schlumpf-Ausschlussfälle geradezu provoziert und perpetuiert werden.

### Die Sache mit dem Asylchaos

Manchmal steckt ja im pluralistischen Kollektiv mehr Weisheit als in einer einzelnen Parteilitung. Historisch markanteste SP-Bundesräte sind, pro memoria, nicht von der SP-Fraktion, sondern von Bürgerlichen portiert worden, so etwa Hanspeter Tschudi, Willi Ritschard, Otto Stich oder, indirekt nach bürgerlichem Wahlmanöver, auch Ruth Dreifuss.

Die SVP hat ein angebliches «Asylchaos» und eine vermeintliche «Überfremdung» herbeigereitet und damit die Wahlen gewonnen. Aber sie hat, im Gegensatz zu allen anderen, eine verbreitete Bürgersorge um die Zuwanderung aufgegriffen. Solange sie nicht in der Verantwortung steht, kann sie in Fundamentalopposition weiterhin allen anderen die Schuld zuschieben und sie des Verrats am Volkswillen bezichtigen. Sie hat nun die Verantwortung dafür zu übernehmen, die Migrationsprobleme zu lösen. Niemand muss sich dabei um den Rechtsstaat Sorgen machen: Die Konkordanz, auf die sich die SVP ständig beruft, wird auch einem SVP-Bundesrat die rechtsstaatlichen Grenzen setzen.

## «Es gilt auch die Demütigungen der SVP-Basis zu sehen.»



**Rudolf Strahm**

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerinnen Laura de Weck ab.

**Mobilität** Warum es bessere Gründe gibt als den Tesla. *Von Martin Läubli*

## Ohne Elektroauto gibt es keine Energiewende

Seit der Multimilliardär Elon Musk seinen Tesla propagiert, steht das Elektroauto für Reiche - Anschaffungskosten ab knapp 90 000 Franken - für die Elektromobilität schlechthin. Die Autoindustrie auf elektrisch umzubauen, ist eine hehre Absicht. Musks Argumente klingen tatsächlich umwelt- und klimafreundlich. Ob aber der Tesla das richtige Fahrzeug ist, um die Vorteile der Elektromobilität zu bekräftigen, ist fraglich. Denn der Wagen eignet sich in dieser Version wenig dazu. Die Batterien für eine grosse Reichweite machen ihn 2,1 Tonnen schwer, und die Leistung von bis zu 700 PS hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun. Es überrascht also nicht, wenn die Umweltwerte heute nicht dem Bild entsprechen, das Verfechter der Elektromobilität malen.

Sinnvoller ist es, die Kompaktfahrzeugklasse in der Grössenordnung zwischen Kleinwagen und Mittelklasse miteinander zu vergleichen. Dabei zeigt eine Studie des Zentrums für Technologieabschätzung (TA-Swiss) Folgendes: Elektrofahrzeuge emittieren im Vergleich zu Autos mit Verbrennungsmotor deutlich weniger Treibhausgase pro gefahrenen Kilometer. Und zwar selbst dann, wenn sie ihre Energie aus dem Strommix der EU mit Anteilen an Kohlestrom beziehen. Auch wenn in der Schweiz Gaskraftwerke als Ersatz für die Atomkraft gebaut würden, wäre die CO<sub>2</sub>-Bilanz immer noch besser. Insofern ist das Land für die Elektromobilität geschaffen, dank dem eigenen, praktisch CO<sub>2</sub>-freien Stromangebot.

### Ohne Materialrecycling geht es nicht

Wer also heute in der Schweiz ein Mittelklasse-Elektroauto kauft, darf durchaus argumentieren, er sei klimafreundlich unterwegs. Solange er nicht dem Irrtum verfällt, das reiche als Ausrede, um mehr zu fahren. Der Klimabonus wäre dann schnell aufgebraucht. Es muss ihm auch bewusst sein, dass er nach wie vor zu den Pionieren gehört, zumal diese Fahrzeuge umwelttechnisch erst am Anfang stehen: So sind zum Beispiel Lithium für den Bau der Batterien und Seltene Erden für die Elektronik nicht unbeschränkt vorhanden und kommen nur in wenigen Ländern vor. Allerdings gibt es Konzepte für Elektromotoren und Batterien, die keine kritischen Metalle enthalten.

Der Umweltvorteil eines Elektroantriebs - berechnet über die gesamte Lebensdauer, von der Herstellung bis zur Entsorgung - ist aber längerfristig von der Entwicklung des Recyclings der begrenzten Materialien abhängig. Je grösser die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen, desto stärker wird der ökonomische Anreiz sein, Recycling-Technologien zu entwickeln, die es bis dato nur ansatzweise gibt. Die Schweiz könnte dabei mit ihrem technischen Know-how an den Hochschulen und in der Industrie davon profitieren. Rohstoffrecycling ist ein globales Geschäft.

### Das Auto als Stromspeicher

Die Elektromobilität spielt eine wichtige Rolle in der Energiestrategie 2050 des Bundesrates. Grundsätzlich soll die fossile Energie Schritt für Schritt durch Strom ersetzt werden. Elektrizität wird durch unterschiedliche Arten bereitgestellt: Wasserkraft, Fotovoltaik, Windenergie und bisweilen auch Atomkraft. Spielen diese Energiequellen künftig auch in der Mobilität eine Rolle, so kann die einseitige Abhängigkeit der fossilen Energie aus dem Ausland reduziert werden. Mit 9 Prozent der Schweizer Stromproduktion, so Schätzungen der TA-Swiss, lassen sich 65 Prozent des motorisierten Individualverkehrs elektrifizieren.

Das Elektroauto ist zwar in erster Linie ein Fortbewegungsmittel. Es kann aber im Vergleich zu den Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor selber zum Stromversorger werden. Autos sind täglich im Durchschnitt 23 Stunden parkiert. Deshalb lassen sie sich als Energiespeicher nutzen. Mit überschüssigem Sonnenstrom könnten bei schönem Wetter Autobatterien geladen und damit lokale Stromnetze entlastet werden.

Sprechen wir von der künftigen klimaschonenden Stromversorgung, müssen wir auch über die Rolle des Verkehrs offen diskutieren.

Das «Tages-Anzeiger»-Forum «Mobilität 2015 - Roadmap zum Auto der Zukunft» findet am 24. November 2015 im Gottlieb-Duttweiler-Institut in Rüschlikon statt. (<http://www.forum-executive.ch/mobilitaet/>)